

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Catrin Wahlen (GRÜNE), Katina Schubert (LINKE), Lars Düsterhöft (SPD) und Björn Wohlert (CDU)

vom 29. Juni 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Juni 2023)

zum Thema:

Stand der Bearbeitung der Anträge des 2. Berliner Behindertenparlaments am 3. Dezember 2022

und **Antwort** vom 17. Juli 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Juli 2023)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Frau Abgeordnete Catrin Wahlen (GRÜNE), Frau Abgeordnete Katina Schubert (LINKE),
Herrn Abgeordneten Lars Düsterhöft (SPD) und Herrn Abgeordneten Björn Wohler (CDU)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/16005

vom 29. Juni 2023

über Stand der Bearbeitung der Anträge des 2. Berliner Behindertenparlaments am
3. Dezember 2022

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Abgeordneten: Das Berliner Behindertenparlament hat im Rahmen seines Plenartags am
2. Dezember 2022 folgende 17 Anträge beschlossen:

1. Partizipation: Partizipation braucht Bildung/Qualifikation 1 – Gestärkt auf Augenhöhe mitreden und mitentscheiden!
2. Medien und Kultur: Aktionsplan Medien, Kunst und Kultur entwickeln
3. Arbeit und Beschäftigung: Werkstatt-Abteilungen in Inklusionsbetriebe umwandeln!
4. Mobilität: Alle Taxis barrierefrei machen und Taxi-Nutzung für BerlMobil-Berechtigte erleichtern
5. Gesundheit und Pflege: Barrierefreie Arztpraxen: Bereitstellung von verlässlichen Daten und bedarfsgerechte Erweiterung des entsprechenden Angebots (*Antwort der Senatsverwaltung vom März 2023 liegt dem Berliner Behindertenparlament vor*)
6. Bauen und Wohnen: Mehr barrierefreie Wohnungen in Berlin
7. Arbeit und Beschäftigung: Werkstätten für behinderte Menschen: Stärkung der Teilhabe-Möglichkeiten und Stärkung einer besseren Kultur des Miteinanders
8. Bildung: Qualitativ hochwertige und diskriminierungsfreie Bildung für Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf erfordert Sonderpädagog:innen im Lehramt. Endlich Zielzahlen an die Universitäten! Umwandlung beenden! Arbeit transparent dokumentieren! (*Antwort der Senatsverwaltung vom Mai 2023 liegt dem Berliner Behindertenparlament vor*)

9. Gewaltschutz: Gewaltschutz für Frauen in Wohneinrichtungen
10. Gewaltschutz: Assistenzleistungen für Frauen mit Behinderungen in Gewaltschutzeinrichtungen unbürokratisch gewähren
11. Arbeit und Beschäftigung: Regelmäßige Schulungen durch Menschen mit Beeinträchtigungen – Peers für Profis!
12. Arbeit und Beschäftigung: Beim Budget für Arbeit sollen auch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichtet werden! Möglichkeit der Ausgleichsabgaben-Absenkung für Arbeitgeber:innen streichen!
13. Arbeit und Beschäftigung: Beratungsstellen für sogenannte voll- und schwerbehinderte Menschen und Arbeitsmarktprogramm und Praktika für Menschen mit Behinderungen
14. Gesundheit und Pflege: Medizinische Zentren für Erwachsene mit Behinderungen (*Antwort der Senatsverwaltung vom März 2023 liegt dem Berliner Behindertenparlament vor*)
15. Gesundheit und Pflege: Barrierefreie Frauenarztpraxen: Verfügbarkeit und überprüfbare Auskünfte (*Antwort der Senatsverwaltung vom März 2023 liegt dem Berliner Behindertenparlament vor*)
16. Gesundheit und Pflege: Pflegeetats bedarfsgerecht ausstatten
17. Partizipation: Partizipation braucht Bildung/Qualifikation 2 – Mit qualifizierten Mitarbeitenden Teilhabe-Rechte gewährleisten!

Die Anträge wurden am 03.12.2022 der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales übergeben, soweit diese zuständig war. Am 09.03.2023 wurden die Anträge den anderen zuständigen Senatsverwaltungen übergeben. Bislang gab es für vier der 17 Anträge eine Beantwortung durch die jeweils zuständigen Senatsverwaltung. Auf dreizehn dieser Beschlüsse gab es noch keine Reaktion.

1. Wie ist der aktuelle Stand der Bearbeitung der eingereichten, noch nicht beantworteten Anträge 1-4, 6,7, 9-13, 16 und 17 durch die zuständigen Senatsverwaltungen? Bis wann ist mit einer Beantwortung zu rechnen?

Zu 1.: Eine formale Berichtspflicht des Senats bzw. der einzelnen Senatsverwaltungen zu den „Anträgen“ besteht nicht. Es ist aber davon auszugehen, dass zum nächsten Parlamentstag 2023 am 3. Dezember 2023 die eingeladenen politischen Leitungen der jeweiligen Senatsverwaltungen zum Stand der Anträge aus dem Jahr 2022 Stellungnahmen werden. Aktuell kann noch kein abschließender Gesamtüberblick zum Stand Prüfung der jeweiligen Anliegen gegeben werden:

Zu den Anträgen 1, 3, 7, 9, 10, 11, 12, 13 und 17 hat die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung dem Berliner Behindertenparlament am 4. Juli 2023 die Rückmeldung zu den Anträgen weitergeleitet. Diese umfasst eine Übersicht zu den Zuständigkeiten und Fortschritten der in den Anträgen aufgeführten Inhalte.

Der Antrag 2 befindet sich aktuell in der Prüfung durch die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Zum Antrag 4 kann seitens des Senats berichtet werden: Der Bundesgesetzgeber hat für Taxen im 2021 novellierten Personenbeförderungsgesetz (PBefG) in § 64 c eine Mindestverfügbarkeit von barrierefreien Fahrzeugen in Höhe von 5 % der von der Unternehmerin / dem Unternehmer betriebenen Fahrzeugen eingeführt - jedoch erst ab einer Anzahl von 20 Fahrzeugen im Unternehmen. Das bedeutet etwa, dass bei 20 betriebenen

Fahrzeugen mindestens ein Fahrzeug barrierefrei sein muss. Eine darüberhinausgehende landesgesetzliche Regelung, die über die Anforderungen des PBefG hinausgeht, wird als nicht statthaft erachtet. Da die Zahl solch größerer Taxiunternehmen in Berlin überschaubar ist, bleibt die Förderung barrierefreier Taxis durch den Senat weiterhin sinnvoll. Die Richtlinien der Regierungspolitik sehen zukünftig überdies die Förderung von e-Inklusionstaxis mit der Richtlinie „Wirtschaftsnahe Elektromobilität“ (WELMO) vor. Das Taxikonto ist ebenso wie BerlMobil Bestandteil des Sonderfahrdienstes (SFD). Mögliche Erleichterungen hinsichtlich der Inanspruchnahme des Taxikontos werden aktuell vom Senat geprüft.

Berlin, den 17. Juli 2023

In Vertretung

Max L a n d e r o

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung